

zont«, die Einstellung einer Anzahl Zeitschriften, die Verringerung des Umfangs fast aller Zeitschriften haben sich schädlich ausgewirkt. Das alles hätte bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und einem anderen Stellenwert für die Medien ganz sicher anders geregelt werden können.

Die Blutleere der Medien war nicht der Blutlosigkeit der Journalisten geschuldet. Die frühere Medienpolitik widersprach vielmehr ihren Erfahrungen und Kenntnissen. Sie hatten andere Vorstellungen. Wir haben sie oft genug in dieser oder jener Weise vorgebracht. Auch der Verband der Journalisten hat sie gebündelt vorgelegt.

Gelegentlich wurden sogar Beschlüsse im Sekretariat des Zentralkomitees erwirkt. Es gibt eine ganze Reihe davon, Beschlüsse über das »Neue Deutschland«, über die »Lausitzer Rundschau«, über den Journalismus generell. Aber die tägliche Anleitungspraxis hat dazu geführt, daß diese Beschlüsse allesamt schon in den Ansätzen wieder gescheitert sind. Letztlich ist der falsche Gebrauch der Medien in den Berichten des Politbüros hier auf dem Plenum sogar gelobt und gutgeredet worden.

Man muß sich also nicht wundern, daß nach vernichtenden Urteilen über die Medien aus den Parteiorganisationen und von anderen gesellschaftlichen Verbänden und Einrichtungen die Journalisten außerordentlich erregt sind und sich jeder Form von Einrede widersetzen, Beschönigung, Beschwichtigung, Verfälschung der Wirklichkeit, Kleines groß- und Großes kleinreden stoßen auf ihre erbitterte Abwehr.

Sicher gibt es auch jetzt hier und da Unmut über manches, was die Medien heute berichten und aufs Korn nehmen. Wieder werden Emotionen laut, wenn es um Medienarbeit geht. Dabei ist ein genereller Lernprozeß in dieser Sache notwendig. Man darf nicht vergessen, daß viele in der Gesellschaft sich daran gewöhnt hatten, daß für sie von den Medien nichts zu befürchten war. Im Zweifelsfalle konnte man ihnen ja auch einfach nur den Zugang zu den Tatsachen verweigern. Öffentlichkeit und Offenheit waren nicht selbstverständliche Pflicht, im Gegenteil. Aber Genossen, solche Medien wird es bei uns ganz sicher niemals wieder geben.

Medien müssen unbequem sein! Wohin wir mit Medien gekommen sind, die in der gehabten Weise »unter Kontrolle« gehalten wurden und die für die Leitungen aller Ebenen bequem waren, wohin wir damit gekommen sind, das liegt ja jetzt offen zutage.

Wie sollen wir es also künftig mit den Medien halten?

Wenn wir in dem vorgelegten-Entwurf des Aktionsprogramms erklären, die SED bekennt sich dazu, daß Verfassung und Recht das Maß ihres politischen Handelns sind, dann gilt das auch für die Medien und den Verfassungsartikel 27, Absatz 2. Wir müssen es wollen und durch genaue Gesetzesakte sichern.